

Die Stellung der Forstpolitik zur Politischen Ökonomie

Autor(en): **Bittig, B.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizerische Zeitschrift für Forstwesen = Swiss forestry journal
= Journal forestier suisse**

Band (Jahr): **125 (1974)**

Heft 7

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-766231>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Stellung der Forstpolitik zur Politischen Ökonomie¹

Von B. Bittig, Bern

Oxf.: 901

Einleitung

Die dogmengeschichtliche Untersuchung der Forstpolitik als Wissenschaft zeigt, dass die im deutschsprachigen Raum betriebene Forstpolitik vorwiegend historisch ausgerichtet war, wobei methodisch betrachtet eine Verbindung von systematischer Deskription mit historischen Entwicklungslinien zu beobachten ist (Heeg, 1973). Der methodische Ansatz bewirkte weitgehend einen Verlust der Querverbindungen zur allgemeinen Wirtschaftstheorie, dafür aber eine vermehrte Pflege der Rechtswissenschaft.

Diese Entwicklung widerspiegelt sich auch in den verschiedenen Begriffen, welche über Forstpolitik oder Forstwirtschaftspolitik bestehen. So kommen *Tromp* und *Schwotzer* (1965) nach einer kritischen Sichtung verschiedener Begriffe auf die Definition von *Endres* (1922) zurück: «Forstpolitik beinhaltet die öffentliche und private Betätigung, welche die Pflege und Förderung der Forstwirtschaft mittelbar und unmittelbar zum Ziele hat.» Im Gegensatz dazu erfolgt in der Umschreibung des Begriffes Forstwirtschaftspolitik durch *Hasel* (1971) eine explizite festgehaltene Öffnung zur Gesellschaft hin:

«Als Wissenschaft ist Forstwirtschaftspolitik die Lehre von den mannigfaltigen, räumlich, zeitlich und von Betrieb zu Betrieb wechselnden Beziehungen zwischen Wald und menschlicher Gesellschaft, von den wirtschaftlichen, landeskulturellen und volksgesundheitlichen Aufgaben des Waldes und der Forstwirtschaft sowie von der Einwirkung des Staates und der von ihm beauftragten Organe, um die Waldbesitzer zur Erfüllung dieser Aufgaben fähig zu machen und anzuhalten.»

Bekanntlich sind Begriffe Werkzeuge des Wissenschaftlers. Es sollen deshalb keine weiteren Gegenüberstellungen mehr durchgeführt, sondern der Begriff «Forstpolitik» in Anlehnung an die eingangs gemachten Ausführungen wie folgt dargestellt werden.

¹ Referat, gehalten am 22. April 1974 im Rahmen der Vorlesungsreihe «Probleme der Forstpolitik» der forstlichen Fakultät Göttingen.

Das Ziel der Forstpolitik ist die bestmögliche Erbringung der wirtschaftlichen, landeskulturellen und volksgesundheitlichen Funktionen des Waldes.

Als Mittel kommt die Einwirkung des Staates und der von ihm beauftragten Organe auf die Waldbesitzer zwecks Erfüllung des obenerwähnten Zieles in Frage.

Nach dieser kurzen Einführung in die herrschende Auffassung über Forstpolitik als Wissenschaft muss nun die Frage gestellt werden, ob infolge der vermutlich exponentiell verlaufenen Wissensvermehrung der letzten Jahrzehnte die eingangs erwähnten Ansichten über Forstpolitik noch Gültigkeit haben oder ob nicht unter Umständen andere, erst in jüngerer Zeit erarbeitete Ansätze zur forstpolitischen Theoriebildung herangezogen werden müssten. Solche Ansätze müssten sowohl zur Überprüfung der Zielsetzungen dienen als auch bei den Methoden neue Wege aufzeigen.

Was ist Politische Ökonomie?

Im Bemühen, neue Ansätze zur forstpolitischen Theoriebildung zu erarbeiten, soll nun im folgenden die Politische Ökonomie als gegenwärtig wieder aktueller Zweig der Wirtschaftswissenschaften einer kritischen Analyse unterzogen werden.

Die Theorie der Politischen Ökonomie umfasst folgende Bereiche (Tichy, 1970, S. 370):

«1. Die Lehre von der Gestalt der Wirtschaft. Sie entwickelt, von einer allgemeinen Gesellschaftslehre ausgehend, jene Kategorien, die für jede gesellschaftliche Wirtschaft gültig sind und damit Einblick in die Baugesetze gewähren, die jeder Wirtschaft zugrunde liegen; sie ist eine zeitlose Theorie der Wirtschaft.

2. Die Lehre von der Gestaltung der Wirtschaft. Sie hat die Aufgabe, auf den Erkenntnissen der Lehre von der Gestalt der Wirtschaft, der Bau- und Lebensgesetze, weiterforschend, alle relevanten Gestaltungsmöglichkeiten der Wirtschaft aufzuzeigen; sie ist damit eine zeitlose Theorie der Wirtschaftspolitik.

3. Die Lehre von der Daseinsgestaltung der Wirtschaft. Ihre Grundlagen bilden die Theorie der Gestalt und der Gestaltung der Wirtschaft, das heisst die Wirtschaftstheorie im engeren Sinne und die theoretische Wirtschaftspolitik; ihre konkreten Aufgabenstellungen hingegen empfängt sie aus den aktuellen Problemen einer konkreten Gesellschaft in einer bestimmten Zeit; ihre Aufgabe ist es daher, theoretische Lösungen praktischer Wirtschaftspolitik zu erarbeiten; sie ist daher auch nur, was ihr wissenschaftliches Fundament betrifft, zeitlos, in ihrer konkreten Ausführung, das heisst in der Beantwortung der ihr gestellten Aufgaben, nur aus der Geschichte heraus zu verstehen. Mit anderen Worten: Die Lehre von der Daseinsgestaltung der

Wirtschaft ist jener Bereich der Wirtschaftstheorie, in dem alle Fragen, die sich an der konkreten geschichtlichen Wirtschaft entfalten, Behandlung finden.»

Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik haben nach diesem Ansatz keine zeitliche Dimension. Der Faktor Zeit kommt erst bei der Lehre von der Daseinsgestaltung der Wirtschaft zum Tragen, und zwar über die Verknüpfung mit aktuellen Problemen der menschlichen Gesellschaft. Das Verständnis der Geschehnisse ist nach Tichy nur von der Geschichte her möglich. Währenddem die beiden ersten Aussagen als unbestritten übernommen werden können, bedürfen die Ausführungen über die Daseinsgestaltung der Wirtschaft noch einer näheren Untersuchung.

Vorerst kann zusammenfassend festgehalten werden, dass die Politische Ökonomie versucht, den Menschen und die menschliche Gesellschaft in die wirtschaftstheoretischen Betrachtungen einzubeziehen. Diese Ausdehnung von der reinen und somit wertfreien Ökonomie auf gesellschaftliche Probleme ist nur über Werturteile möglich. Das Problem besteht deshalb im Aufdecken der Wertungen und Werturteile der Gesellschaft (*von Beckerath* [Hrsg.] 1963).

Ein Blick in die Dogmengeschichte der Wirtschaftstheorie zeigt, dass die Bemühungen um Wertungen in den Wirtschaftswissenschaften bis in deren Gründungszeit (*Smith*, 1776) zurückgehen. Ein grundlegendes Problem war dabei stets die Umverteilung von Einkommen und Vermögen zwischen den verschiedenen Gruppen einer Gesellschaft. Die Erkenntnisse der Wohlfahrtstheorie zeigen jedoch, dass sich das Umverteilungsproblem aufgrund theoretischer Überlegungen nie vollständig lösen lässt (*Little*, 1970; *Hackmann*, 1972; *Kleinewefers*, 1972).

Die Weiterentwicklung der Wirtschaftstheorie führte in den Phasen nach *Marx* zu einer Zweiteilung der Betrachtungsweise: Währenddem die sozialistisch orientierten Ökonomen stets versuchten, die Wirtschaftstheorie in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, entwickelten die kapitalistisch orientierten ein theoretisches Lehrgebäude von teilweise hohem Isolations- und Abstraktionsgrad (*Baran*, 1972).

Die in den letzten Jahren in der hochindustrialisierten Welt immer stärker spürbaren Umweltverschlechterungen (*Bohm und Kneese*, 1971; *Ehrlich und Ehrlich*, 1972; *Forrester*, 1972; *Glagow*, 1972; *Goldsmith und Allen*, 1972; *Meadows*, 1972; *Nowotny*, 1972; *Enzensberger*, 1973; *Siebert*, 1973) zeigten jedoch Mängel der wirtschaftstheoretischen Betrachtungsweise auf (*Kapp*, 1958). Diese Mängel lassen sich unter dem wirtschaftstheoretischen Begriff Externalitäten zusammenfassen. Von Externalitäten oder externen Effekten wird dann gesprochen, wenn «... Konsumenten (Produzenten) auf Produzenten (Konsumenten) oder auch umgekehrt positive oder negative Wirkungen technischer, psychischer, ökonomischer oder sozialer Art ausüben, für die weder der Verursacher belastet noch der Träger entschädigt

wird. Im ersten Fall spricht man von externen Nutzen, im zweiten Fall handelt es sich um externe Kosten» (*Hanusch*, 1972, S. 25).

Die auch im Zusammenhang mit Umweltfragen zunehmend aktuelle Problemstellung führte dazu, dass heute im Rahmen der Wirtschaftswissenschaften von einer Neuen Politischen Ökonomie gesprochen wird. Diese verwendet methodisch betrachtet Abstraktionen und Modelle, wie sie in der Wirtschaftstheorie üblich sind, während die «Alte» Politische Ökonomie verbal und deskriptiv war (*Frey*, 1970, S. 1).

Die Ziele sind jedoch unverändert geblieben. Angestrebt werden nach wie vor Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Friede und möglichst gute Güterversorgung (*Bernholz*, 1972, S. 232).

Alle diese Ziele beinhalten Wertungen. Es ist ein Anliegen der Neuen Politischen Ökonomie, diese Wertungen (Präferenzen) aufzudecken und für die gesellschaftliche Entscheidungsfindung nutzbar zu machen. Die Politische Ökonomie im Sinne von Tichy verwendet im Gegensatz dazu ausschliesslich die geschichtliche Erfahrung zur Erarbeitung normativer Aussagen.

Als Methoden kommen bei der Neuen Politischen Ökonomie zwei Ansätze zur Anwendung. Erstens werden Entscheidungsmechanismen der Gesellschaft untersucht. Dabei wird angenommen, in der reinen Demokratie hätten Mehrheitsentscheide eine ähnliche Funktion wie der Preismechanismus bei der vollkommenen Konkurrenz. Entscheide über aussermarktmässige Grössen (externer Nutzen oder externe Kosten) lassen sich mit diesem Ansatz gleich effizient durchführen wie Konsumentenentscheide über den Marktmechanismus. Als zweite Methode kommen Betrachtungen über ökonomisch-politische Gesamtsysteme zur Anwendung, wobei jedoch ein hoher Abstraktionsgrad vorhanden ist (*Frey*, 1970, S. 21).

Es zeigt sich somit, dass die von Tichy unter Punkt 3 dargelegte geschichtliche Dimension in der Daseinsgestaltung der Wirtschaft noch einer Erweiterung in aktuelle und zukünftige Fragen über politische Entscheide bedarf, da sonst wesentliche Erkenntnisse der Politischen Ökonomie nicht erarbeitet werden können. Der Begriff der Politischen Ökonomie soll deshalb in der Folge im umfassenden Sinne verstanden werden, das heisst, es sollen auch gegenwärtige und zukünftige Probleme und ihre Lösungsmöglichkeiten mit Hilfe wirtschaftstheoretischer Modelle miteinbezogen werden.

Die Ausführungen über die Politische Ökonomie können zusammenfassend abgeschlossen werden mit der Feststellung, dass die Politische Ökonomie versucht, die vergangenen, gegenwärtigen und zukünftigen Interdependenzen von Wirtschaft *und* Gesellschaft darzustellen, wobei die vorwiegend staatspolitisch ausgerichteten Zielsetzungen als vorgegeben betrachtet werden, die Mittel zur Zielerreichung jedoch weitgehend aus der Wirtschaftstheorie stammen.

Gemeinsamkeiten und Gegensätze zwischen Forstpolitik und Politischer Ökonomie

Eine Gegenüberstellung soll zuerst auf der Ebene der Ziele erfolgen. Wie bereits dargelegt wurde, hat die Forstpolitik die bestmögliche Erbringung der wirtschaftlichen, landeskulturellen und volksgesundheitlichen Funktionen des Waldes zum Ziel. Die Politische Ökonomie hingegen hat Freiheit, Gerechtigkeit, Sicherheit, Friede und möglichst gute Güterversorgung zur Zielsetzung. Die Gegenüberstellung zeigt nun, dass das Ziel der Forstpolitik sich ohne weiteres unter die Ziele der Politischen Ökonomie einordnen lässt. Das umgekehrte Vorgehen, nämlich die Unterordnung der Ziele der Politischen Ökonomie unter die Ziele der Forstpolitik, ist nicht möglich, da die Forstpolitik nur einen Teil der gesamten staatspolitischen Einflussphären berühren kann. Die Gegenüberstellung zeigt aber auch, dass zwischen dem Ziel der Forstpolitik und den Zielen der Politischen Ökonomie keine Zielkonflikte bestehen, da die Forstpolitik sich eindeutig unter die Ziele der Politischen Ökonomie zu stellen hat. Diese Betrachtungsweise ist in der Forstwirtschaft nicht immer geläufig, wird doch oft angenommen, die forstpolitische Zielsetzung sei abschliessend und hätte sich nicht an anderen Zielvorgaben auszurichten. Dass bei einer solchen forstpolitischen Betrachtungsweise die Gefahr des Erarbeitens von Suboptima besteht, welche im Widerspruch zum Gesamtoptimum stehen können, ist naheliegend und kann durch Beobachtungen belegt werden (Bittig, 1972). Als Beispiel lässt sich die Diskussion um die Sozialpflichtigkeit des Grundeigentums in der Forstwirtschaft anführen, wo je nach Standort der Betrachter teilweise nicht zielkonforme Suboptima angestrebt werden (Bittig, 1973).

Es kann beim Zielvergleich somit festgestellt werden, dass eine Zielhierarchie besteht, wobei das forstpolitische Ziel sich den Zielen der Politischen Ökonomie unterzuordnen hat.

Als Methoden zur Zielerreichung benützen sowohl Forstpolitik als auch Politische Ökonomie wirtschaftstheoretische Erkenntnisse. Unterschiede bestehen jedoch in der Verwendung der wirtschaftstheoretischen Ansätze. So ist die Forstpolitik als Wissenschaft bis anhin weitgehend historisch-deskriptiv geblieben, während die Politische Ökonomie in den letzten Jahren in zunehmendem Masse die neuesten wirtschaftstheoretischen Erkenntnisse zu verwenden versucht.

Nun darf aber nicht vergessen werden, dass eine interdisziplinär orientierte Forstpolitik auch in der Lage sein könnte, wesentliche Beiträge zur Weiterentwicklung der Wirtschaftstheorie und insbesondere der Politischen Ökonomie zu leisten. Der Grund liegt im Erfahrungsobjekt Forstwirtschaft, bei dem durch die stete Konfrontation mit naturwissenschaftlichen Erkenntnissen neue Impulse empfangen werden können. Das Ökosystem Wald weist viele aussermarktmässige Beziehungen auf, welche sich ebenfalls zu den

bereits im Zusammenhang mit der Umweltdiskussion erwähnten Externalitäten zählen lassen. Gemäss den in diesem Aufsatz verwendeten Begriffen handelt es sich um die landeskulturellen und volksgesundheitlichen Aufgaben des Waldes. Diese entziehen sich den marktmässigen Betrachtungen, und ihre Erfassung bereitet grösste Schwierigkeiten. Die Sichtung der Literatur zeigt aber auch grundlegende Mängel der forstwirtschaftlichen Betrachtungsweise (vgl. Joint Working . . . 1974 und die dort angegebene Literatur). So werden von forstlichen Forschern grosse Anstrengungen unternommen, Aufwand und Mindererträge der aussermarktmässigen Funktionen des Waldes zu bestimmen, währenddem Gedanken über die menschlichen Bedürfnisse und Quantifizierungsversuche der Nachfrageseite weitgehend unbeachtet bleiben. Der Schlüssel einer erfolgreichen Forstpolitik liegt aber gerade in der Kenntnis der Nachfrage nach den aussermarktmässigen Leistungen des Waldes, da nur so ein volkswirtschaftlich und gesellschaftlich optimaler Mitteleinsatz möglich sein wird. Eine vermehrte Hinwendung der forstlichen Forschung auf die Nachfrageseite nach aussermarktmässigen Leistungen des Waldes könnte sicherlich wertvolle Beiträge an die Weiterentwicklung der Wirtschaftstheorie auf dem Gebiet der Externalitäten und somit der Politischen Ökonomie darstellen.

Es ist aber auch zu erwähnen, dass selbst bei marktmässigen Grössen die Forstwirtschaft positive Erkenntnisse an die Wirtschaftstheorie weitergeben könnte. Dabei sind zwei Gebiete anzuführen:

1. Die Holzproduktion im mitteleuropäischen Raum weist eine Umtriebszeit auf, welche ausserhalb des ökonomischen Zeithorizonts liegt. Deshalb sind forstliche Entscheide über Aufforstungen, Baumartenwahl, Bau von Forststrassen usw. alles Entscheide unter Unsicherheit. Die Eintretenswahrscheinlichkeit zukünftiger Ereignisse ist nicht bekannt. Der Forstwirtschafter muss deshalb Entscheidungskriterien finden, die ausserhalb ökonomischer Modellvorstellungen, wie sie zum Beispiel *Gäfigen* (1968) darstellt, liegen. Aus der Sicht der Entscheidungstheorie eröffnen deshalb forstliche Entscheide über die zukünftige Holzproduktion interessante Aspekte (Bittig, 1974).

2. Eine weitere methodisch auch für die Wirtschaftstheorie interessante Betrachtungsweise liegt im forstlichen Nachhaltigkeitsprinzip (*Basler*, 1972). Die Resultate der Umweltforschung zeigen, dass eine nachhaltige Nutzung der erneuerbaren Rohstoffe unseres Planeten eine wichtige Voraussetzung für das Überleben der Menschheit darstellt. In der Forstwirtschaft wird dieses Prinzip bereits seit rund 100 Jahren mit Erfolg angewendet. Auf diesem Gebiet bestehen somit Gemeinsamkeiten in der Betrachtungsweise zwischen Forstpolitik und Politischer Ökonomie, wobei die Politische Ökonomie vermehrt auf die forstliche Betrachtungsweise aufmerksam gemacht werden sollte.

Folgerungen

Die Bedürfnisse der heutigen Gesellschaft verlangen eine Loslösung der Forstpolitik von ihren bisherigen Beschränkungen auf rein forstliche Probleme und die Ausrichtung auf übergeordnete Ziele. Diese Forderung lässt sich auch in der neueren forstpolitischen Literatur nachlesen, doch sind die methodischen Ansätze der Forstpolitik als Wissenschaft meist für eine solche Öffnung ungeeignet. Die übergeordneten Ziele werden von der Politischen Ökonomie als vorgegeben betrachtet, und es werden über die Anwendung neuester wirtschaftstheoretischer Erkenntnisse Wege zur Zielerreichung aufgezeigt. Die Forstpolitik als Wissenschaft muss sich ebenfalls vollumfänglich auf diese übergeordneten Ziele ausrichten, will sie nicht in eine zunehmende Isolation geraten.

Methodisch betrachtet kann die Verwendung der Ansätze der Politischen Ökonomie durch die Forstpolitik für die letztere von grossem Nutzen sein, erfolgt doch eine vermehrte Öffnung auch zu anderen Wissenschaften, wie zum Beispiel zur Mathematik. Im weiteren ist das Arbeiten mit Entscheidungsmodellen eine gute Schulungsmöglichkeit für zukünftige Forstpolitiker.

Die Politische Ökonomie hingegen kann wesentliche Erkenntnisse aus der Forstwirtschaft gewinnen in bezug auf ökonomisch-ökologische Gesamtbetrachtungen, langfristige Wirtschaftsentscheide sowie die Bewirtschaftung erneuerbarer Ressourcen. Es gilt aber noch, durch interdisziplinäre Arbeiten und Kontakte diese Möglichkeiten in die Tat umzusetzen.

Résumé

La politique forestière face à l'économie politique

La politique forestière en tant que science peut être comprise comme une activité publique et privée ayant pour buts direct et indirect de stimuler et d'améliorer l'économie forestière. Dans sa méthode, la politique forestière était en l'occurrence descriptive et historique et possédait de fortes attaches avec les sciences juridiques. Aujourd'hui, on se demande par conséquent si, en raison du fort développement des connaissances au cours des dernières décennies, on ne pourrait pas envisager encore d'autres possibilités pour bâtir la théorie de la politique forestière.

L'économie politique, aujourd'hui une branche des sciences économiques d'actualité, pourrait, cas échéant, fournir de nouvelles possibilités à la politique forestière. En tant que science, l'économie politique comprend l'enseignement de la forme de l'économie, l'enseignement de la structure de l'économie, de même que l'enseignement de l'aménagement de l'existence de l'économie. En tant que branche normative de l'économie, elle essaie d'inclure l'homme dans ses considérations théoriques. Au cours des dernières années, la dégradation toujours plus sensible de l'environnement a contribué à intensifier la recherche de valeurs étrangères à l'économie de marché; on a en l'occurrence, en raison de la nouvelle économie politique, utilisé des abstractions et des modèles semblables à ceux qui sont usuels dans la théorie de l'économie. L'ancienne politique économique avait un caractère essentiellement historique. Les objectifs visés — à savoir la liberté, la justice, la sécurité, la paix et un approvisionnement aussi bon que possible en biens de consommation — sont toutefois restés les mêmes. Seules les méthodes ont changé.

En mettant en parallèle la politique forestière et l'économie politique, on constate que celle-ci a des objectifs plus vastes. La politique forestière doit se soumettre à ces derniers. En ce qui concerne les méthodes permettant d'atteindre les buts poursuivis, l'une et l'autre se fondent sur la théorie économique; toutefois la politique forestière n'applique en l'occurrence pas encore les connaissances les plus récentes de la théorie économique. L'économie forestière a la possibilité de développer la théorie économique en ce qui concerne les avantages indirects de la forêt; cependant, elle n'a pas encore saisi cette occasion; en effet, la plupart des recherches forestières se bornent à estimer les dépenses et les déficits qui sont en relation avec ces avantages. Du point de vue de la politique forestière, il serait néanmoins souhaitable que l'on fournisse davantage d'informations sur la demande relative aux avantages indirects de la forêt.

La politique forestière a de l'avance sur l'économie politique dans les domaines suivants:

1. Lorsqu'il s'agit de faire un choix dans le cadre de la production de bois, où les décisions doivent toujours être prises dans l'ignorance de l'avenir économique.
2. En ce qui concerne le principe du rendement soutenu, c'est-à-dire dans la politique de l'aménagement des ressources renouvelables.

Il résulte de ce qui précède que la politique forestière doit s'aligner dans une plus large mesure sur les objectifs supérieurs et s'appuyer plus étroitement à l'économie politique. Cette dernière peut, de son côté, faire siennes certaines connaissances essentielles de la politique forestière, lors de considérations d'ordre économique et écologique, de décisions économiques à long terme, de même que dans l'aménagement des ressources renouvelables.

Traduction: *I. Müller*

Literatur

- Baran, P. A.*, 1972: Politische Ökonomie des wirtschaftlichen Wachstums. Neuwied und Berlin, 2. Aufl.
- Basler, E.*, 1972: Strategie des Fortschritts. Frauenfeld
- Bernholz, P.*, 1972: Grundlagen der Politischen Ökonomie. I. Band, Tübingen
- Bittig, B.*, 1972: Theoretische Forstpolitik. Schweiz. Zeitschrift für Forstwesen 123, 6, S. 364—371
- Bittig, B.*, 1973: Wo sind die Grenzen der Sozialbindung des Eigentums an Grund und Boden in der Forstwirtschaft? Veröffentlichungen der CEA, Heft 47, Brugg
- Bittig, B.*, 1974: Ökonomie und Ökologie in: Landschaftsschutz und Umweltpflege. (Hrsg. H. Leibundgut) Frauenfeld
- Bohm, P.*, und *Kneese, A.*, 1971: The Economics of Environment. London
- Ehrlich, P. R.*, und *Ehrlich A. H.*, 1972: Bevölkerungswachstum und Umweltkrise. Frankfurt am Main
- Endres, M.*, 1922: Handbuch der Forstpolitik. Berlin, 2. Aufl.
- Enzensberger, H. M.*, 1973: Zur Kritik der politischen Ökologie. «Kursbuch» 33, S. 1—42
- Forrester, J. W.*, 1972: Der teuflische Regelkreis. Stuttgart
- Gäfgen, G.*, 1968: Theorie der wirtschaftlichen Entscheidung. Tübingen, 2. Aufl.
- Glagow, M.* (Hrsg.), 1972: Umweltgefährdung und Gesellschaftssystem. München
- Goldsmith, E.*, und *Allen, R.*, 1972: Planspiel zum Überleben. Stuttgart
- Hackmann, J.*, 1972: Zur wohlfahrtstheoretischen Behandlung von Verteilungsproblemen. Berlin
- Hanusch, H.*, 1972: Theorie des öffentlichen Gutes. Göttingen
- Hasel, K.*, 1971: Waldwirtschaft und Umwelt. Hamburg und Berlin
- Heeg, B.*, 1973: Die Entwicklung der forstpolitischen Theorie. Allg. Forst- und Jagdzeitung 144, 8, S. 162—168
- Joint Working Party on Forest and Forest Products statistics, ECE Timber Committee, FAO European Forestry Commission. Ad hoc meeting of experts on environmental benefits of forestry, Geneva, 1.—5. April 1974
- Kapp, K. W.*, 1958: Volkswirtschaftliche Kosten der Privatwirtschaft. Tübingen/Zürich
- Kleinewefers, H.*, 1972: Wohlfahrtsökonomie und Politik. «Wirtschaft und Recht» 24, 3, S. 153—166
- Little, I. M. D.*, 1970: A Critique of Welfare Economics. Second Edition, Oxford
- Meadows, D.*, 1972: Die Grenzen des Wachstums. Stuttgart
- Nowotny, E.*, 1972: Wirtschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft 128, S. 673—689

- Salin, E.*, 1967: Politische Ökonomie, Geschichte der wirtschaftspolitischen Ideen von Plato bis zur Gegenwart. Tübingen, 5. Aufl.
- Siebert, H.*, 1973: Das produzierte Chaos. Ökonomie und Umwelt. Stuttgart
- Smith, A.*, 1776: Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. London
- Tichy, G. E.*, 1970: Theoretische Grundlegung der Politischen Ökonomie. Berlin
- Tromp, H.*, und *Schwotzer, W.*, 1965: Einige Gedanken zum Ausdruck «Forstpolitik». Schweiz. Zeitschrift für Forstwesen 116, 7, S. 590—595
- von *Beckerath* et al. (Hrsg.), 1963: Probleme der normativen Ökonomie und der wirtschaftspolitischen Beratung. Berlin